

Die Wahrheit über Angola

DR. OTTO VON HABSBURG

Wird Portugal seine überseeischen Territorien gegen den Trend zur Entkolonialisierung halten können, oder werden auch diese Gebiete über kurz oder lang selbständige Staaten? Was ging und geht in Angola vor? Der Verfasser, ein guter Kenner Afrikas, gibt seine persönlichen Beobachtungen wieder und steht mit ihnen im Gegensatz zur Weltmeinung (vgl. Karte Seite 21).

Angola steht seit dem 15. März 1961 im Mittelpunkt des Weltinteresses. An diesem Tage brach im Norden des Landes ein Aufstand gegen die portugiesischen Behörden aus. Seither wird jeder, auch der kleinste Zusammenstoß zwischen den Ordnungskräften und der Armee der Nationalen Befreiung oder den Terroristen, wie sie in Angola genannt werden, durch die Presse getreulich notiert.

Die Haltung der Weltöffentlichkeit und insbesondere ihrer Organe ist ausgesprochen portugalfeindlich. Offen oder unterschwellig wird versucht, den Eindruck zu erwecken, daß die gesamte angolansische Bevölkerung mit der „Union der Völker Angolas“ (UPA), also mit der tragenden aufständischen Bewegung, sympathisiere. Die Lebensbedingungen in Angola werden meist als unerträglich und veraltet dargestellt. Daraus wird geschlossen, daß die Aufständischen, die den Fortschritt vertreten, unweigerlich siegen müßten. Propagandistisch geschieht werden in den internationalen Gremien die Portugiesen stets mit Südafrika zusammen genannt und verurteilt. Ohne es besonders zu sagen, wird damit der Eindruck erweckt, daß auch in Angola und Mozambique die farbige Bevölkerung unterdrückt und eine rassistische Politik verfolgt wird.

Dieses Bild muß — will man zur Wahrheit vordringen — kritisch beleuchtet werden. Die Erfahrung in unserer Zeit weltweiter Propaganda und wissenschaftlich gelenkter „public relations“ verlangt, daß kein Urteil, und sei es noch so allgemein angenommen, ohne scharfe Nachprüfung anerkannt wird. Das gilt in erhöhtem Maße für Afrika, einen Kontinent, den leider nur zu wenige kennen. Wir haben zwar zahlreiche „Sachverständige“, aber ihre Anschauung fußt meist auf Blitzreisen. Dabei ist es nur möglich, die richtige Perspektive zu finden und Vergleiche anzustellen, wenn man zumindest einige afrikanische Staaten kennt.

Der Autor dieser Zeilen hat Angola vor einigen Monaten besucht. Er tat dies auf Einladung der portugiesischen Behörden, die allerdings nur unter der Bedingung angenommen wurde, daß er selbst sein Programm bestimmen, jeden gewünschten Ort besuchen und mit jedermann frei sprechen könne. Es kam ihm dabei zu Hilfe, genügend Portugiesisch zu können, um keinen Dolmetsch zu brauchen. Das ihm gegebene Versprechen wurde in loyalster Weise eingehalten. Der Autor hatte die Gelegenheit, so ziemlich das ganze Gebiet Angolas zu bereisen, von den nördlichen Unruhegebieten Sao Antonio do Zaire, Noqui, Sao Salvador do Congo, Songo und Carmona bis zur südwestafrikanischen Grenze. Er hat zahlreiche Personen gesehen, Gefängnisse und Anhaltelager besucht und dort mit Gefangenen aus den Reihen der UPA und ihrer Rivalen-Organisation, der MPLA (Angolanische Befreiungsbewegung), gesprochen. Die Portugiesen haben sich immer bei den Konversationen zurückgezogen, so daß sie vollkommen ungestört verlaufen konnten. Ganz offensichtlich waren die Behörden bestrebt, dem fremden Beobachter die Möglichkeit zu geben, die Lage so zu sehen, wie sie ist.

Weltpolitisch sind die nördlichen Gebiete dort, wo Unruhen stattfanden, von größtem Interesse.

Der Aufstand vom Frühjahr 1961 war blendend organisiert. Ein erstklassig ausgerüsteter, mit genügend Geldmitteln versehener Generalstab leitete ihn aus dem früheren belgischen Kongo. Demgegenüber waren die Portugiesen sträflich unvorbereitet. In einem Gebiet von 1 246 700 qkm hatten sie eine Armee von sage und schreibe 1600 Mann, die zudem fast ausschließlich aus Eingeborenen Angolas bestand. Die Polizei war mehr als ungenügend; in vielen Gebieten lag der Schutz der öffentlichen Sicherheit in Händen der sogenannten „Sobas“, örtliche Notabeln, die durch die freie Wahl der Gemeindegossen bestimmt werden, meist Bauern ohne besondere Ausbildung, eine Art von Flurschützen. Diese ungenügenden Kräfte mußten im ersten Anlauf überrollt werden. Bezeichnend dabei ist, daß es unter den Ordnungskräften mit Ausnahme eines einzigen capverdischen Offiziers keinen Fall von Verrat gab. Die größten Heldentaten, wie die heroische Verteidigung der Kirche von Mucaba, wurden in diesen tragischen Tagen durch Schwarze vollbracht.

Die revolutionäre Taktik der UPA war gut auf die örtlichen Bedingungen eingestellt. Da die Partei in Angola selbst kaum eine Organisation besaß, wurden ausgebildete Troikas aus dem Kongo eingeschleust. Diese rekrutierten sich zu überwiegendem Teil aus den Reihen angolansischer Bakongos, die schon seit vielen Jahren in der Gegend von Léopoldville gelebt hatten. Früher wohlhabend waren sie bei der Unabhängigkeit des Kongo aus ihren Stellen entlassen worden und lebten seither in großem Elend. Sie waren daher bereit, alles zu tun, um sich und ihre Familien zu ernähren. Ließen sie sich zur Befreiungsarmee der UPA anwerben, erhielten sie einen täglichen Lohn von zehn Escudos. Nach ihrer Ausbildung überschritten diese Gruppen die im Dschungel liegende Grenze nach Angola und wagten sich so weit vor, wie es möglich war, ohne Gefahr zu laufen, gänzlich vom Kongo abgeschnitten zu werden. Das beschränkte ihre Wirkung auf das Gebiet nördlich der Linie Carmona-Nambuan-gongo, was räumlich ungefähr einem Zehntel Angolas entspricht. Diese Gegend ist fast ausschließlich von dem Mukongo-Stamm bevölkert, dem auch die Führer der UPA und die Angolaner in Léopoldville angehören, was die Tarnung der Guerilleros erleichtert. Ihre Taktik bestand darin, einzelne Gehöfte oder kleine Dörfer (Sanzalas) vorwiegend bei Nacht anzugreifen, die Besitzenden und deren Familien — Schwarze, Weiße oder Mestizen — grausam zu ermorden und die terrorisierten Bewohner unter Androhung der Gewalt zu nötigen, sich den Aufständischen anzuschließen. An manchen Orten gelang es der UPA, die Unterstützung der Zauberer zu gewinnen, die auf diese Weise erhofften, ihre durch die christlichen Missionare schwer erschütterte Stellung wiederherzustellen. War dann die Bevölkerung genügend eingeschüchtert, wurde sie durch die Agitatoren gezwungen, an Gewalttaten mitzuwirken und sich dadurch mitschuldig zu machen: Die Angst vor Strafe sollte sie an die Seite der Rebellen binden.

Der Generalstabsplan der Erhebung, die bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereitet war und insbesondere lückenlos die Zerstörung sämtlicher Verbindungsmittel organisiert hatte, scheiterte an einigen Fehlern. Es gelang den Aufständischen zwar, in gewissen Gegenden die Unterstützung der Bakongo zu gewinnen, sie stießen aber dafür auf den geschlossenen Widerstand der Umbundu — fast ausschließlich Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter —, die 40 Prozent der angolansischen Bevölkerung ausmachen. Darüber hinaus wurden die Weißen und die Mestizen nicht, wie erwartet, von Panik ergriffen, sondern kämpften überall bis zur Erschöpfung aller Mittel. Beiderseits waren die Verluste gewaltig. Aber mit

Ausnahme kurzlebiger Überraschungserfolge der ersten Stunde gelang es den Rebellen nicht, Territorien unter ihre Kontrolle zu bringen. Dies verhinderte die Durchführung des wichtigsten Punktes des Planes: die Aufstellung einer Regierung auf angolanischem Boden. Darüber hinaus zeigten die herbeigerufenen portugiesischen Verstärkungen, insbesondere aber die an Ort und Stelle rekrutierten Einheiten, echten Kampfgeist und eine natürliche Einfühlungsgabe in die Gegebenheiten des modernen Guerillakrieges. Bald schon wurde die Aktion der Banden schwieriger. Die portugiesischen Behörden erlauben sich etwas, das sich im allgemeinen keine Regierung traut: sie mobilisieren die wehrpflichtigen Einheimischen möglichst nahe an ihrem Geburtsort und setzen sie auch dort zum Kampfe ein. An anderen Orten wiederum, wie in Forte Republica bei Malange, wurde der Kampf gegen die Guerillas mit Hilfe der bewaffneten Zivilbevölkerung, beinahe ausschließlich Schwarze, geführt.

Das erklärt die heutige Lage. Fast das gesamte Territorium, in dem im Frühjahr 1961 Kämpfe stattfanden, ist befriedet. Nur in einer etwa 100 km langen Zone entlang der kongolesischen Grenze, insbesondere in der Umgebung der Städte Noqui, Sao Salvador do Congo und Maquela do Zombo, kommt es noch zu wirklichen terroristischen Aktionen, Überfällen und Schießereien. Hier können sich die Rebellen leicht aus dem kongolesischen Gebiet einschleichen und nach vollbrachter Tat in die Sicherheit des Nachbarstaates zurückflüchten. Soweit man feststellen kann, werden diese Operationen auch heute noch durch einen internationalen Stab geplant. Die Anwesenheit von Indern, von Technikern aus der sogenannten DDR und aus Algerien bei der UPA konnte einwandfrei festgestellt werden.

Die „Revolution“ ist also nicht eine spontane Volksbewegung, sondern ein ferngesteuertes Unternehmen. Eine ähnliche Natur zeigt die sogenannte Angolanische Exilregierung, die der Führer der UPA, *Holden Roberto*, im Frühjahr 1962 in Léopoldville organisierte und die seither durch einige afrikanische Staaten anerkannt wurde.

Das Kabinett Roberto besteht nur aus einer kleinen Fraktion Auslands-Angolaner. Vor den letzten Maßnahmen der kongolesischen Zentralregierung, die alle rivalisierenden Bewegungen gegen Roberto auf ihrem Boden verboten hat, bestanden angeblich 32 angolanische Parteien. Von diesen sind nur zwei in der sogenannten Regierung vertreten gewesen: die UPA des Roberto und eine kleine Satellitengruppe, die Angolanische Demokratische Partei, deren Mitgliedschaft sich auf einige Familien aus Maquela do Zombo beschränkte. Alle anderen befanden sich in der Opposition.

Die „Union der Völker Angolas“ (UPA) ist eine persönliche Organisation von *Holden Roberto*. Er selbst ist in Angola praktisch unbekannt. Ich habe zahlreiche Gefangene nach ihm gefragt; mit wenigen Ausnahmen wußten sie nicht, was der Name bedeutet. Das sollte nicht überraschen. Roberto hat so ziemlich sein ganzes Leben im Ausland verbracht. Er spricht nicht Portugiesisch, die gemeinsame Sprache von 80 Prozent der Angolaner. Mit dem Kikongo, das er beherrscht, kann er bestenfalls 15 v. H. der Gesamtbevölkerung ansprechen. Darüber hinaus spricht er Englisch und Französisch, womit er allerdings nur die Portiers der internationalen Hotels in Luanda und Lobito beeinflussen kann. Allerdings gewann er dank seiner englischen Sprachkenntnisse die Verbindung zu den Vereinigten Staaten und insbesondere zum dollarschweren „American Committee on Africa“. Hier ist die Grundlage seiner Macht. Ohne diese greifbare Unterstützung wäre er völlig unbedeutend, sogar in den Kreisen jener Angolaner, die die Portugiesen ablehnen.

Das Programm der UPA ist reichlich unklar. Der einzige greifbare Punkt ist der Wille, den Führer *Holden Roberto* zum Diktator zu machen. Der totalitäre Charakter der UPA

wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß sie sich absolut weigert, auch nur die Existenz anderer politischer Parteien anzuerkennen.

Die meisten sogenannten angolanischen Parteien haben keine politische Substanz. Unter den 32 Organisationen, die in den letzten Jahren aus dem Boden geschossen sind, haben außer der UPA nur drei weitere Bedeutung. Es ist dies vor allem „Nto Bako“, die Organisation des jungen Mechanikers *Alberto Angelino*. Die Partei, ebenfalls auf Bakongo beschränkt, wirkt unter den im Kongo lebenden Angolanern und im nördlichen Teil Angolas. Die Bewegung ist gemäßigt demokratisch, verwirft Gewalt und hofft, eine schrittweise Unabhängigkeit auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Unter den Intellektuellen und Halbgebildeten der Städte hat die sogenannte „MPLA“, die Angolanische Befreiungsbewegung, einige wenige Anhänger. Ihre Leiter sind *Agostinho Neto* und *Mario de Andrade*; ihre stärkste Stütze sind Elemente der äußersten Linken. Eine christliche Studentenbewegung ist „MDIA“, geleitet von *Jean-Pierre Mbala*; ihr Programm deckt sich in großen Zügen mit demjenigen von Nto Bako.

Wie bereits gesagt, besteht die UPA ausschließlich aus Bakongo, die 15 v. H. der Gesamtbevölkerung Angolas ausmachen. Die Mehrheit der „Minister“ Robertos wiederum gehen aus zwei Unterstämmen hervor, den Sao Salvador und den Bazombos. Man kann daher sagen, daß Roberto im besten Fall 4 Prozent des angolanischen Gebietes vertritt: zwei enge Streifen, dicht an der Kongogrenze.

Wenn viele, auch intelligente Fremde, von dem repräsentativen Charakter der UPA überzeugt sind, so ist das auf Propaganda und hauptsächlich auf ein abgründliches Unwissen über die tatsächliche Lage in Afrika zurückzuführen. „Angola“ ist kein National- und Staatsbegriff. Es ist ein Gebiet, auf dem 15 Stammesgruppen leben, von denen jede ihre Sprache hat. Seine Einheit wird durch die Verwaltung, die gemeinsame portugiesische Sprache und den Lebensstil gebildet. Die Stammesbindungen sind auch heute stark. Drei Gruppen fallen am meisten ins Gewicht: an erster Stelle stehen die Umbundu mit 40 v. H. der Gesamtbevölkerung. Ihre Haltung hat im Jahre 1961 die Kämpfe für Portugal entschieden. Dann kommen die Bakongo. Im äußersten Süden schließlich leben kriegerische Nomaden, die Cuanhamas und Ganguelas, ein mächtiges Reservoir von Freiwilligen für die portugiesische Armee. Sollten die Europäer einmal gezwungen sein, Angola zu verlassen, würde es nicht lange dauern, bis sich diese Stämme erbittert bekämpften und die Einheit des Gebietes zerstörten.

Angola wird als eine portugiesische Provinz verwaltet. An der Spitze steht ein Generalgouverneur, unterstützt von einer Anzahl von Regierungssekretären. Es sind dies heute durchweg junge, kräftige und ideenreiche Männer. Die parlamentarische Vertretung Angolas wird ohne Unterschied der Rasse nach dem Wahlrecht des Mutterlandes Portugal bestimmt.

Die portugiesische Verwaltung lebt in der alten Tradition der Rassengleichheit. Diskriminierung nach Geburt oder Hautfarbe besteht nicht. Als ich z. B. den Leiter des Gymnasiums in Nova Lisboa fragte, wieviele Schwarze und Weiße er habe, konnte er mir nicht antworten: auf keinem Dokument wird die Rasse des Schülers verzeichnet. Diese humane Überlieferung geht auf die Zeit der Seefahrer zurück. Die portugiesische Gesetzgebung hat stets die Verehelichung zwischen den Rassen gefördert, was die große Zahl von Mischlingen erklärt. Schon in frühen Jahrhunderten haben Schwarze wichtige Stellungen im portugiesischen Reiche eingenommen. Die Geschichte berichtet uns die Namen von Heerführern, Würdenträgern bei Hof und Gouverneuren. Die Rassengleichheit ist dem Portugiesen so natürlich, daß er augenscheinlich gar nicht die propagandistischen Vorteile erkennt, die aus dieser Tatsache gezogen werden könnten. Sie ist so selbstverständlich, daß man nicht einmal darüber spricht. Man

braucht übrigens nur in irgendein öffentliches Lokal in Angola, Mozambique oder Guinea zu gehen, um den weltweiten Unterschied zu sehen, der zwischen den portugiesischen Provinzen einerseits und vielen Gegenden der Vereinigten Staaten und Südafrikas andererseits besteht.

Wenn Weiße und Mestizen heute noch in den höchsten Stellen der Verwaltungen über ihren Hundertsatz hinaus vertreten sind, so ist das die Folge der langsamen Entwicklung des Schulwesens, aber nicht eines rassistischen Vorurteils. Bis zur letzten Schulreform war der Unterricht, aus rein wirtschaftlichen Gründen, auf dem Lande ungenügend, in den Städten hingegen recht gut. Das ist verständlich, denn bei der sehr dünnen Besiedlung — 4 Menschen je qkm — und bei der weiten Verstreuung der Behausungen war es schon aus budgetären Gründen unmöglich, genügend Schulen zu bauen, geschweige denn eine ausreichende Anzahl von Lehrern zu finden. In den Städten war die wirtschaftliche Grundlage des Unterrichtes durch eine dichte Bevölkerung gegeben. Hier lebten die meisten Weißen und Mischlinge; auf dem Land herrschte das schwarze Element vor. Es war daher unvermeidlich, daß die Städter dort, wo höhere Bildung gefordert wird, stärker vertreten sind. Das wird sich schnell ändern, wenn die gegenwärtige Generation die Schule verläßt. Man kann übrigens bemerken, daß beim Militär, wo die bildungsmäßigen Anforderungen geringer sind, Schwarze bedeutende Posten einnehmen. Häufig kann man überwiegend weiße Einheiten sehen, die durch farbige Offiziere befehligt werden.

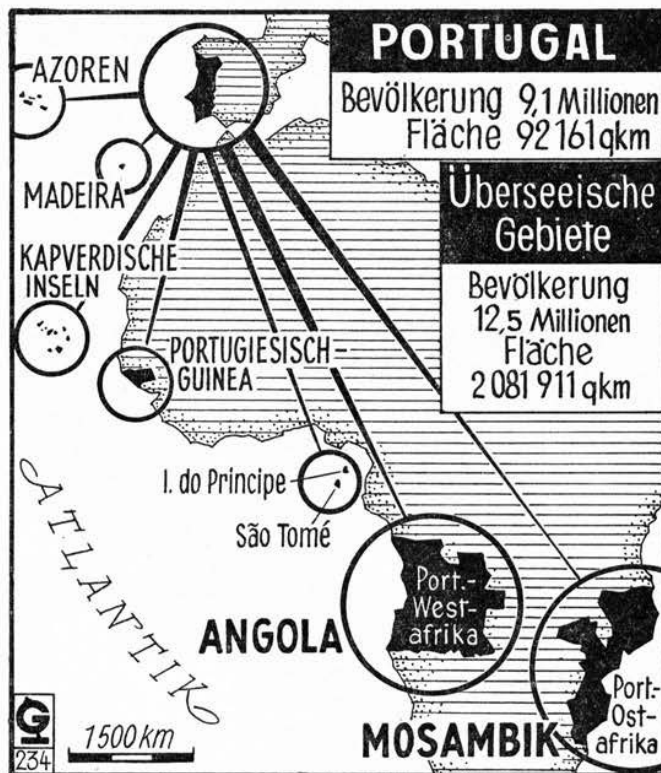
Der Erfolg des gegenwärtigen Reformprogramms hängt weitgehend von den wirtschaftlichen Bedingungen ab. Hier ist noch ziemlich viel zu tun. Die wirtschaftliche Rückständigkeit ist wohl der schwerste Vorwurf, den man gegen die vergangenen portugiesischen Verwaltungen erheben kann.

Angola ist reich. Es gibt fruchtbare Böden, herrliche Wälder, Wasser und vor allem Bodenschätze — Petroleum, Diamanten, Eisen u. a. Viele Gebiete sind unbearbeitet, eine Folge der ungenügenden Bevölkerung. Mit dem Fortschritt der Industrialisierung, die nunmehr mächtig einsetzt, wird es bald einen Mangel an Arbeitskräften geben, wenn es nicht gelingt, durch eine energische Einwanderungspolitik abzuwehren. Darüber hinaus besteht ein erster Kapitalmangel, der allerdings in jüngster Zeit, durch die beginnende Liberalisierung der portugiesischen Wirtschaftspolitik in Afrika, zumindest auf einigen Spezialgebieten, nachgelassen hat.

Die soziale Atmosphäre in Angola entspricht keineswegs dem Bilde, das die portugiesischen Propaganda entworfen hat.

In der Landwirtschaft gibt es keine Probleme. Wer Boden bearbeiten will, kann ihn haben: genügend reiche Gebiete sind Niemandsland. Natürlich sind, besonders im Innern, die landwirtschaftlichen Methoden noch vielfach primitiv. Es gibt aber auch hier Regionen wie die Kaffeegebiete von Carmona, in denen eindrucksvolle Fortschritte erzielt wurden. Die Landwirtschaft ist fast durchweg in Händen afrikanischer Bauern. Diese haben vielfach gut organisierte, stellenweise sogar echt modern ausgerüstete Genossenschaften, die viel dazu beigetragen haben, die Qualität zu verbessern.

Man hat behauptet, daß die Portugiesen Zwangsarbeit praktizieren. Mit starkem Presseecho hat Ghana deshalb im Februar 1961 eine Klage gegen Portugal vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf erhoben. Die Regierung von Accra verlangte eine internationale Überprüfung. Im Juni 1961 ernannte der Generaldirektor des Arbeitsamtes, *David A. Morse*, eine Untersuchungskommission, deren Mitglieder *Paul Ruegger* (Schweiz), früherer Präsident der Zwangsarbeitskommission des Arbeitsamtes und Mitglied des Ständigen Schiedsgerichtshofes, *Enrique Armand Ugon* (Uruguay), ehemaliger Richter des Internationalen Gerichtshofes, und *Isaac Forster*, Erster Präsident des Obersten Gerichtshofes der Republik Senegal, waren.



Überseeische Provinzen des Mutterlandes oder die letzten großen Kolonialgebiete der Erde? Portugal will seinen Besitz mit allen Kräften verteidigen, die überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verlangt ihre Entwicklung zu unabhängigen Staaten (vgl. Beitrag S. 19 ff.).

Im Juli und September vernahm die Kommission Zeugen in Genf. Vom 3. bis 10. Dezember besuchte sie Angola und vom 10. bis 16. Mozambique. Sie durchreiste in den beiden Gebieten 8700 km und inspizierte Bergwerke, Eisenbahnen, Häfen, Straßenbauten, Pflanzungen, Fabriken, Gebiete, aus denen die Saisonarbeiter stammen, und die Büros zur Anwerbung von Arbeitskräften. Ein langer Bericht mit den Protokollen und Schlüssen der Untersuchung wurde am 5. März 1962 veröffentlicht.

Die Kommission betonte in ihrem Bericht zuerst, daß sie die volle Unterstützung der portugiesischen Regierung erhalten hatte, die es ihr ermöglichte, frei zu reisen und alles zu sehen. Dann erklärte der Ausschuß, daß er „von dem guten Glauben überzeugt ist, in welchem die Änderungen der Politik, der Gesetzgebung und der Praxis durchgeführt worden sind; er verwirft als nachgewiesenermaßen grundlos die Behauptung, die die Anklage gegen Portugal motiviert hatte, daß dieses Land die internationalen Konventionen nur darum unterzeichnet habe, um seine brutalen Maßnahmen in der Arbeitspolitik zu tarnen“.

Zusammen mit wertvollen Anregungen für zukünftige Verbesserungen stellte die Kommission fest, daß sie nicht den geringsten Beweis für Zwangsarbeit in den Fabriken oder dem Handel Angolas oder Mozambiques gefunden habe. Weiter bezeichnete sie gewisse soziale Maßnahmen der Eisenbahnen und der Hafenerwaltung von Mozambique als geradezu beispielgebend. Der Bericht sprach auch die Eisenbahngesellschaft von Benguela in Angola von allen Anklagen, die gegen sie erhoben worden waren, frei. Das Dokument unterstrich ferner, daß es keine Rassendiskriminierung in der Gesetzgebung über Gewerkschaften und in der formellen Struktur der Arbeiterorganisation gebe, und erklärte, daß die Kommission von den vielen Zeichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes in Angola und Mozambique beeindruckt sei.

Dieser Bericht von seiten der höchsten sozialen Autorität der Welt, die sicherlich vorurteilslos ist, hätte den Anklagen gegen Portugal, zumindest auf diesem Gebiet, ein Ende setzen sollen. Es ist bezeichnend, daß zwar die ursprünglichen Anschuldigungen Ghanas überall in der Welt verkündet wurden, ihre Unrichtigkeit jedoch praktisch keine Beachtung fand. Nach kurzem betretenem Schweigen werden nunmehr die alten Unwahrheiten wieder aufgetischt.

Alle diese Tatsachen geben von Angola ein Bild, das vom üblichen Klischee grundverschieden ist. Es ist leicht, über ein Gebiet, das wenige kennen, lügenhafte Propaganda zu machen. Eine solche Handlungsweise kann kurzlebige politische Erfolge bringen; sie kann auf keinen Fall einen dauernden Frieden und eine gerechte Ordnung begründen.

Die Ereignisse, die sich in und um Angola seit dem Beginn des Jahres 1961 abspielen, haben mit dem Volk wenig zu tun; sie sind die Folge ausländischer Einmischung, die mit fremden Geldern gespeist, von Basen gelenkt wird, die sich außerhalb

Angolas befinden. Im Innern des Landes ist die Stellung Portugals stark. Die endgültige Entscheidung liegt allerdings auf weltpolitischer Ebene, dort, wo die Großmächte das letzte Wort sprechen. Diese können dem Blutvergießen heute noch ein Ende setzen und den Weg für eine friedliche Entwicklung ebnen. Geschieht dies nicht und wird die aggressive Politik gegen Angola weiter aktiv oder durch mitschuldiges Schweigen unterstützt, dann kommt über kurz oder lang das Chaos.

Wir in Europa kennen die tragischen Folgen der balkanischen Unordnung am Anfang unseres Jahrhunderts. Später waren wir die Zeugen, wie die Zerstückelung des Donauraumes die Kriege Hitlers und Stalins ermöglichte. Die Lage in Afrika ist nicht verschieden. Wer Augen hat, sieht die Ansätze eines kommenden Konfliktes, der nur allzu leicht vom Schwarzen Kontinent auf die ganze Welt übergreifen kann. Eine erschreckende, historische Verantwortung tragen jene, die heute noch die Möglichkeit haben, dem Lauf des Verhängnisses Einhalt zu gebieten.

Über den Phasenablauf der Dekadeplanung

Ein Beitrag zum Jahrzehnt der UN für Entwicklung

DR. HUGO FREUND

Ministerialdirektor a. D.

Jede Betrachtung der Fortschritte des am 19. Dezember 1961 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Jahrzehnts für Entwicklung¹ führt auf den ersten Entwurf der Planung zurück, den der Generalsekretär der 34. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) im Mai 1962 vorgelegt hat². Er enthält nicht nur Zielsetzung und Aufteilung der Aufgaben an die Organe und Sonderorganisationen, sondern bereits eine Grundlegung des Phasenablaufs in der üblichen Dreiteilung: Vorbereitungsphase, Phase der Verwirklichung und Erfolgswertung bzw. Erfolgssicherung. Dynamik und Prozeßcharakter dieser „größten Planung der Weltgeschichte“ werden nicht nur durch die Vielfalt der Planungsbereiche bestimmt und kompliziert, sondern auch durch die Anwendung planungswissenschaftlicher Methoden.

Die Phase (Doppeljahr) 1963/64

Am 2. August 1963, dem letzten Tag der 36. Tagung des ECOSOC, wurde eine Entscheidung angenommen, auf Grund derer im Zeitraum 1963/64 nach dem Gesichtspunkt der „funktionellen Klassifikationen“, d. h. nach Prioritätsbereichen im Sinne von Aktivitätsfeldern, gearbeitet werden soll. Die Sonderorgane usw. werden ersucht, ihre Jahresberichte, und damit auch ihre Veranstaltungen, auf die Beziehung zu den Prioritätsbereichen abzustimmen. Auch den Regierungen und den Regionalkörpern wird empfohlen, den nationalen und regionalen Planungsaufbau dem Prioritätsschema anzupassen. Für dieses Schema ist die Überordnung des *menschlichen* Faktors gegenüber dem technischen entscheidend. Daraus ergibt sich geradezu eine Vorrangstellung der Organe, die sich vor allem mit Erziehung, Ernährung, Gesundheit, Leistungsfähigkeit, Gemeinschaft und dem Einsatz der Wissenschaftler und Techniker auf diesen Gebieten beschäftigen, also der UNESCO, FAO, WHO, ILO. Aber auch für jedes technische Organ an sich erhält das Erziehungs- und Ausbildungsproblem Priorität.

Die Entschliebung vom ECOSOC gibt weitere Anweisungen für die Anpassung an das Doppeljahr 1963/64. Im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit der Wachstumsbeschleunigung in den unterentwickelten Gebieten und auf die Vorschläge über die besten Methoden und Techniken empfiehlt der Rat, exakte und wohlkoordinierte Entwicklungspläne auf *nationaler* Basis durchzuführen und die Zusammenarbeit mit

den universellen und regionalen Entwicklungsinstituten und Planungsteams zu pflegen. Der Generalsekretär soll im Sommer 1964 dem ECOSOC über den erreichten Stand Bericht erstatten.

Die Umstellung auf Grund des Prioritätsschemas ergibt sich nicht nur aus einer prinzipiellen Betrachtung. Sie ist auch die Folge der Schwergewichtsverlagerung der Arbeit in den regionalen und nationalen Bereich und letztlich durch das koordinierte Wesen des nationalen und regionalen Planes bedingt. UNESCO und FAO haben bereits durch ihre selbständige Planung, FAO noch besonders durch das energisch vollziehende Fünfjahres-Programm „Kampf gegen den Hunger“ (1960/65), entscheidende Vorarbeit geleistet.

Anpassungsversuche

FAO nimmt durch die sehr selbständige Fünfjahres-Kampagne gegen den Hunger in der Anpassung an das Doppeljahr eine Ausnahmestellung ein. Wir sind mitten in der Aktion des Welternährungsprogramms. Gegenwärtig findet die Vollversammlung dieser Sonderorganisation statt. Ihr liegen Berichte über die FAO-Arbeit 1962/63 sowie für das Arbeitsprogramm und das Budget 1964/65 vor. Es wird der Versuch unternommen, Fünfjahresplan und Doppeljahr aufeinander abzustimmen. Dabei wird zugleich budgetär eine entsprechende Anstrengung gemacht (25%ige Heraufsetzung der Ausgaben). Es kommt auf die Entscheidungen dieser Vollversammlung an. Der Vorgang ist deswegen von großer Bedeutung, weil es sich um die *erste* Vollversammlung einer Sonderorganisation handelt, die grundsätzlich und materiell zur Phase 1963/64 Stellung bezieht. Nach Abschluß der FAO-Aktion ist eine Darstellung der FAO-Diskussion und der Entscheidungen der Vollversammlung unerlässlich.

Anders liegt der Anpassungsvorgang bei der UNESCO. Einmal weil die Priorität der Erziehung diesem Organ von vornherein die Anpassung an den Phasenablauf auferlegt, zum anderen weil bereits im Jahre 1960 mit dem Entwurf eines UNESCO-Zehnjahresplanes begonnen wurde, dessen eigener Ablauf unschwer in Übereinstimmung mit dem Doppeljahr gebracht werden kann. So nimmt denn der Abschnitt über die UNESCO-Planung in der umfassenden Berichterstattung des Generalsekretärs zur ECOSOC-Sommertagung 1964 einen beispielhaften Rang ein.

Die Aktivitäten für die Zweijahres-Periode 1963/64 werden